

Shrinking Spaces

Schwerpunkt: Schutz vor rechter Propaganda, Desinformation und Regeln für den Einsatz von KI

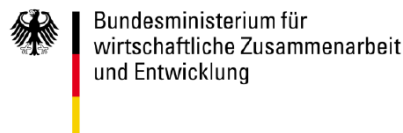
Von Uta Grunert

Inhalt:	Seite
1. Aktuelles aus Brasilien	2
1.1. Verhältnis Brasilien USA nach Trumps Machtübernahme: Wirtschaftsentwicklung	3
1.2. Kampf gegen die Organisierte Kriminalität	4
1.3. Brasilianisches Amazonasgebiet: Dürre am stärksten bei Klimawandelleugnern	5
1.4. Staatlicher Großeinsatz am Tapajós gegen illegalen Goldabbau	6
1.5. Gegenöffentlichkeit: Ausstellung Os Olhos do Xingu im Museu Nacional da República	6
1.6. Indigene Territorien in Amazonien und Cerrado stärkste Barriere gegen illegale Entwaldung	7
2. Schwerpunkt: Schutz vor rechter Propaganda, Desinformation und Regeln für den Einsatz von KI	7
3. Aktuelles aus Deutschland	11

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt** mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL



Mit Mitteln des

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein KoBra – Kooperation Brasilien e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Shrinking spaces

Der Begriff Shrinking spaces bezieht sich auf schwindende Handlungsspielräume einer politisch aktiven Zivilgesellschaft, häufig wird er im Kontext autoritärerer Systeme und innerhalb der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit verwendet. In Brasilien wurde der Begriff während der Regierungsjahre von Michel Temer und Jair Bolsonaro geprägt, als eine neue Rechte an die Macht strebte.

Die Abnahme von Handlungsspielräumen begleitet der besorgte Blick auf demokratische Strukturen heute. In vielen Ländern weltweit, auch in Deutschland beobachten wir einen politischen Rechtsruck mit weitreichenden Auswirkungen auf demokratische Grundpfeiler wie die Gewaltenteilung, den Schutz von Minderheiten, den Einsatz von Falschnachrichten und die Manipulation der politischen öffentlichen Meinung, den Abbau von Rechten der Natur und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen.

Aktuelles aus Brasilien

Anfang 2025 blicken wir in Brasilien auf zwei Jahre Regierung Lula zurück. Dass Regierungsgeschäfte laufen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lulas ständige Aufgabe ist, die neue Rechte zurückzudrängen. Gleichzeitig beginnt Donald Trump in den USA seine zweite Amtszeit. Und wir spüren inzwischen auch in Deutschland deutlich die Einflussnahme der neuen Rechten auf das politische System und Wahlgesehen.

Lula muss seine Amtsgeschäfte mit einer Minderheitsregierung führen, das schränkt seine Handlungsspielräume innenpolitisch deutlich ein. Umso mehr profiliert er sich und seine Visionen für Brasilien auf der internationalen Bühne wie der G20 Konferenz oder im November 2025 bei der COP 30 im brasilianischen Amazonasgebiet in Belém. Doch wie sieht nach der Halbzeit nun die Bilanz der beiden Regierungsjahre im Einzelnen aus?

In einer Analyse von Brasil de Fato¹ werden zunächst die Erfolge genannt: Die Niederschlagung und Strafverfolgung des Putsches gleich nach Amtsantritt Lulas durch Bolsonaro-Anhänger*innen. Die Lockerung der staatlichen Ausgabendeckelung bereits im ersten Amtsjahr, zusammen mit einem neuen Steuersystem, das vor allem die Besteuerung von Konsum ab 2024 neu regelt und die Wirtschaft ankurbelt. Vor allem aber wurden sozialpolitische Maßnahmen wieder eingeführt, die die Regierung Bolsonaro abgebaut hatte. Die Quotenregelungen im Bildungssystem, an Universitäten und in staatlichen Institutionen. Die Umweltbehörde Ibama wurde aus der Totenstarre der Bolsonarozeit erlöst und wieder in die Lage versetzt, gegen illegale Entwaldung und Waldbrände vorzugehen und Strafen zu verhängen. Ein großer Polizeieinsatz im indigenen Territorium der Yanomami richtete sich gegen die organisierte Kriminalität, die sich dort im illegalen Bergbau, illegaler Bewaldung, Gewalt gegen Indigene und Drogenhandel auszubreiten begann. Die Signale der Vorgängerregierung (Schwächung indigener Rechte, Öffnung des Amazonasraums für Ressourcenabbau und Markt, Fehlende Strafverfolgung bei illegalen Handlungen) hatte zusammen mit den Versäumnissen während der Coronapandemie die Situation der Yanomami lebensbedrohlich werden lassen. Gleichzeitig wurden soziale Sicherungssysteme wie die *Bolsa Familia* wieder eingeführt und auch die erfolgreiche Verzahnung von kleinbäuerlicher landwirtschaftlicher Produktion und Versorgung der Schulen mit gesundem Essen wurde wieder installiert. Eines der Ziele der Lula Regierung ist weiter die Armuts- und Hungerbekämpfung. So konnte bereits im ersten Jahr die Zahl der Personen, die an starker

¹ <https://www.brasildefato.com.br/2025/01/04/dois-anos-de-lula-3-balanco-de-um-governo-encalacrado>

Ernährungsunsicherheit litten um 85% gesenkt werden. In absoluten Zahlen sind 2023 17,2 Mio. Menschen vom Hunger befreit worden. 2024 ist diese Zahl sogar auf 24,4 Mio. gestiegen. Der Minister zur Bekämpfung von Armut und Hunger, Wellington Dias, führt dies auf gestiegene Einkommen zurück. Ein Einkommensanstieg von 11,5% und bei den Ärmsten sogar von 38,6% zeigten Wirkung. Die Regierung Lula hat in den zurückliegenden Jahren ein Wirtschaftswachstum des BIP von 3% vorzuweisen. Erfolge sind auch im Abbau der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Mit 6,2% liegt die Arbeitslosenquote im dritten Quartal 2024 laut IGBE so tief wie seit 2012 nicht mehr. Allerdings reichen diese kleinen Fortschritte nicht aus, um die immense soziale Ungleichheit im Land auszugleichen. Kritisch äußert sich João Stedile von der Landlosenbewegung MST zur Regierungsbilanz zur Halbzeit der Lula Regierung. Bei der Agrarreform sei man keinen Schritt weitergekommen. Zu groß ist die politische Übermacht der *Bancada ruralista*, die im Kongress und Abgeordnetenhaus mit numerischer Mehrheit die politische Agenda bestimmt. Enteignungen für Landlose sind dort nicht vorgesehen. Die MST beklagt die mangelnde Berücksichtigung von 65.000 Familien, die in Agrarreformsiedlungen leben und auf die Formalisierung ihres Landanspruchs durch die Behörden warten.

Mächtig zeigt sich die Front der Großagrarunternehmer*innen auch beim Thema Agrargifte. Laut FAO liegt Brasilien beim Einsatz von Agrargiften an der Weltspitze und hat sowohl die USA als auch China überholt. Deutschland exportiert schamlos Agrargifte nach Brasilien, die hierzulande zu 80% wegen Umwelt- und Gesundheitsbedenken verboten sind. Mit 21 Mrd. *Reais* (3,4 Mrd. Euro) wurde dieser Wirtschaftszweig von Januar bis August 2024 vom brasilianischen Staat subventioniert. Da es innerhalb des Nationalprogramms für die Verringerung von Agrargiften *Pronara* und dem Nationalen Planungsbüro für Agrarökologie und Organische Landwirtschaft *Planapo* zu keiner Einigung gekommen war, erschien der Bericht der *Planapo* im Oktober ohne Beitrag des *Pronara*, wie Agrargifte zu verringern seien.

Die Regierung Lula hat das Problem, dass sie zwar mit einem Zusammenschluss der Linken den Wahlsieg über Bolsonaro und die neue Rechte gewinnen konnte. In der politischen Landschaft jedoch vermag sie kaum Mehrheiten für Projekte zu organisieren, und damit von der Wählerschaft als erfolgreicher Akteur wahrgenommen zu werden. So haben die Kommunalwahlen im Oktober der Linken deutliche Verluste beschert. Sie hat noch zwei Jahre Zeit, sich neu für die sozialen Bewegungen zu profilieren und ihre Anhängerschaft neu an sich zu binden. Auch eine Nachfolge Lulas wäre dringend aufzubauen. Es bleibt und wird nicht einfach.

Verhältnis Brasilien USA nach Trumps Machtübernahme: Wirtschaftsentwicklung

Der Ökonom Ladislau Dowbor analysierte in einem neuen Stream-Format von *Outras Palavras*² die wirtschaftliche Entwicklung der USA unter Präsident Trump und Auswirkungen auf Brasilien und die Welt. Drei Bereiche werden laut seiner Analyse aktuell von den USA dominiert: Die 10 größten privatwirtschaftlichen Finanzunternehmen der Welt (Black Rock, GP Morgan u.a.) sitzen in den USA. Sie nehmen mit ihrer Kapitalmacht von über 50 Billionen Dollar wesentlich Einfluss auf den Finanzmarkt und die Politik, sind aber selbst nicht produzierend. Daneben gibt es im Informations- und Kommunikationsbereich in den USA eine Internet-Machtkonzentration durch die Konzerne Apple, Microsoft, Google, Amazon etc. Hier müssen auch die Kommunikationskonzerne von Elon Musk und Marc Zuckerberg dazugerechnet werden, deren interne Faktenkontrolle mit Trumps Amtsantritt abgeschafft wurde. Das Schwerpunktthema bietet dazu weiterführende Informationen. Das dritte Standbein stellt die ABCD Gruppe der Agrarkonzerne dar: ADM, Bunge, Cargill, Dreyfuss kontrollieren

²https://www.youtube.com/watch?v=0HmCk_Xmoo0

die 80% der weltweiten commodities und der Nahrungsmittelproduktion. Überwiegend sitzen diese Konzerne in den USA, ein kleiner Teil auch in der Schweiz.

Seit 2010 dürfen Konzerne im Wahlkampf mit Wahlspenden Kandidat*innen unterstützen, von denen sie sich hinterher eine favorable Politik erwarten. Gleichzeitig stellt das natürlich die Unabhängigkeit von politischen Entscheidungen mehr als in Frage. Es hat also längst eine immense Verschiebung stattgefunden. Laut Dowbor bestimmen diese drei Machtzentren über die Politik in den USA, sie suchen sich den Präsidenten aus, der sie ihre Ziele verfolgen lässt. America first.

Trotz des globalen Ungleichgewichts sieht Dowbor, dass weltweit an vielen Orten Ökonomie sinnvoll und gemeinwesenorientiert betrieben wird, die nicht dem US-amerikanischen Modell folgen und stattdessen eine Politik des *Bem Estar* verfolgen. Dabei ist es wichtig, wofür Geld ausgegeben wird. Eine inklusive Arbeitsmarktpolitik wie in Indien nennt er als Vorbild. Dort wird jedem Erwachsenen vom Staat eine Beschäftigung garantiert, die 100 Tage dauert. Ziel sei die Erhöhung der Arbeitskraft bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung. Als Beispiel zur Anwendung nennt er die Infrastruktur für Wasserzugang, Abwassermanagement etc. Laut einer Umfrage von *conecta*³ gaben 44% der brasilianischen Unternehmen an, im ersten Drittel von 2025 mehr Arbeitskräfte einstellen zu wollen. Dies betrifft vor allem die Sektoren Informationstechnologie (39%), Energie und Öffentliche Dienstleistungen (35%), Finanzen und Immobilien (35%), Kommunikationsfirmen (26%) sowie Industrie und Material (26%).

Kampf gegen die Organisierte Kriminalität

Weitläufig wird die Organisierte Kriminalität vor allem in Zusammenhang mit dem illegalen Drogenhandel gebracht. Transnational agierende Organisierte Kriminalität agiert jedoch in einer Reihe anderer illegaler Machenschaften: Umweltverbrechen, Geldwäsche und Finanzspekulation, illegaler Abbau von Gold- und Mineralien, illegaler Umgang mit Landnutzungsfragen sowie mit Demokratieaspekten und Bürgerrechten. Bewaffnete Gruppen/Milizen agieren in diesem Kontext mit Autorisierung durch das Agrobusiness und dogmatische Pfingstkirchen.

Mitte November haben die Heinrich-Böll-Stiftung Brasilien⁴ und die stiftungsnaher Uni zur Humanen Sicherheit in Wien online einen Austausch über die Situation in Brasilien organisiert und dabei die Auswirkungen auf den Klimawandel in den Fokus gerückt.

Bei Umweltverbrechen müssen zwei Kategorien unterschieden werden. Das unmittelbare Umweltverbrechen, das beispielsweise beim Handel mit Wildtieren oder bei der Ablagerung von Giftmüll im Wald entsteht. Die zweite Kategorie umfasst das indirekte Umweltverbrechen, das z.B. durch Geldwäsche durch illegalen Goldabbau entsteht. Oder auch durch illegale Entwaldung, die im Amazonasraum oft Landspekulation und Landraub nach sich zieht.

Die Konferenz ging der Frage nach, wie Klimaschutzstrategien in entlegenen Regionen/*terriorios* zu verankern seien – obwohl diese Regionen häufig mit Gewalt von netzwerkartigen Strukturen beherrscht werden. Durch den Wegfall staatlicher Kontrolle und Schutzes haben die kriminellen Strukturen Übergriffe auf indigene Territorien, Umweltschutzgebiete, vulnerable Ökosysteme und auf *Quilombola*-Gebiete ausweiten können. Damit einher gehen Umweltzerstörung, Verlust von Artenvielfalt bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit im Stoppen der Klimakatastrophe.

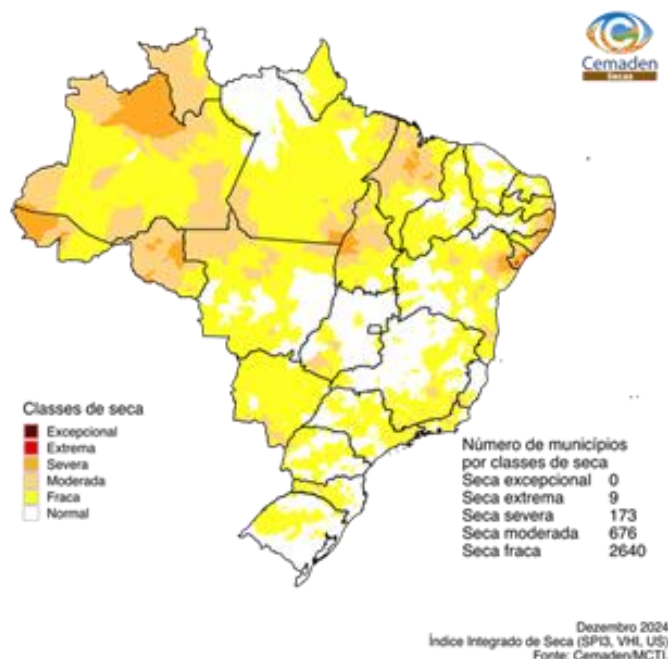
³ <https://conectasc.com.br/2025/01/16/311774-brasil-44-das-empresas-pretendem-contratar-em-2025/>

⁴ <https://br.boell.org/pt-br/2024/12/11/ultima-fronteira-o-crime-organizado-transnacional-e-luta-contra-mudancas-climaticas>

Brasilianisches Amazonasgebiet: Dürre am stärksten bei Klimawandelleugner*innen

Mehr als die Hälfte der Munizipien in *Amazônia Legal*, also den 9 brasilianischen Anrainerstaaten des Amazonasgebiets, litt im Verlauf von 2024 unter Trockenheit und Dürre⁵. Laut einer Analyse von InfoAmazonia, die sich auf Daten eines nationalen Monitorings über Naturkatastrophen (*Centro Nacional de Monitoramento e Alertas de Desastres Naturais Cemaden*⁶) stützt, hatten 2024 ganzjährig über 59% der Munizipien in der Region mit klimawandelbasierten Problemen zu tun. Während der Trockenzeit im September hatten sogar fast alle Städte (98,3%) mit einem jeweils unterschiedlichen Grad von Trockenheit zu kämpfen. Der Bundesstaat Acre wurde besonders hart vom Klimawandel betroffen und hatte während des ganzen Jahres mit starker Trockenheit zu kämpfen. Die lokale Bevölkerung leidet unter dem Wassermangel, am wenigsten lässt sich der Verlust von Wasserstraßen kompensieren. Trinkwasser muss teilweise herangeschafft werden. Die Flussanrainergemeinschaften der *Rhibeirinhos* leben im Auebereich der Amazonasflüsse. Das Schwinden des Wassers führt zur Ausweitung von großen Sandbänken im Uferbereich und gefährdet oder zerstört ihre landwirtschaftliche Lebensgrundlage.

2024 sank der Wasserpegel im Amazonasgebiet auf einen historischen Tiefstand und die gemessenen Temperaturen lagen 1,5°C über der vorindustriellen Zeit. Laut Studienleiterin Cunha gibt es keine spezifischen politischen Leitlinien für den Umgang mit dem Klimawandel in Amazonien. Die Journalist*innen von *Outraspalavras* haben die 9 Präfekten der Bundesstaaten von *Amazônia Legal* auf ihren Umgang mit der gravierenden Situation durchgecheckt. Das Institut für Demokratie und Nachhaltigkeit (*Instituto Democracia e Sustentabilidade IDS*) hat die Zusammenhänge zwischen politischer Haltung der Parlamentarier*innen zum Klimawandel mit den Trockenheitsgraden gegenübergestellt. 89% der Städte mit extremer oder außergewöhnlicher Dürre haben Bürgermeister*innen gewählt, die den Klimawandel leugnen. Sie werden von Personen mit geringem Umweltbewusstsein regiert. Die Analyse hat zudem gezeigt, dass umweltbewusste Bürgermeister*innen mit ihren Städten besser durch die Klimaereignisse gekommen sind und nur schwächere Trockenheitsgrade erlebt haben.



In den zurückliegenden zwei Jahren wurde kurzfristig die Notlage bekämpft: Lebensmittelpakete verteilt, die Feuerwehr kam zum Notfalleinsatz, um großflächige Waldbrände zu löschen und die Flüsse Solimões und Amazonas wurden mit dem Bagger vertieft, um als große Transportwege nicht auszufallen. Was fehlt, ist bislang ein Projekt, um die Ursachen der extremen Wetterereignisse zu bekämpfen. Das liegt unter anderem daran, dass ein Teil der lokalen Politiker*innen eine Anerkennung des Klimawandels und politische Einschränkungen bzw. Lenkung wirtschaftlicher Aktivitäten ablehnen.

⁵ <https://outraspalavras.net/outrasmidias/crise-climatica-a-amazonia-tem-sede/>

⁶ <https://www.gov.br/cemaden/pt-br/assuntos/monitoramento/monitoramento-de-seca-para-o-brasil/monitoramento-de-secas-e-impactos-no-brasil-2013-dezembro-2024>

Staatlicher Großeinsatz am Tapajós gegen illegalen Goldabbau

Mit 20 Organisationen führt der Brasilianische Staat seit Anfang November am Oberen Tapajós einen Großeinsatz in Form einer *Desintrusão*⁷ gegen illegalen Bergbau- und Goldschürfer*innen auf der Terra Indígena Munduruku durch. Das Ende des Einsatzes ist offen. Die Terra Indígena Munduruku ist seit 2004 demarkiert, sie umfasst 2,4 Mio. Hektar. Auf dem Gebiet leben 9.200 Indigene.

Beteiligte Organisationen sind u.a. die Umweltbehörden IBAMA, das Institut Chico Mendes sowie das Ministerium für indigene Angelegenheiten. Bei ihrem ersten Einsatz wurden offene und versteckte Gerätschaften zerstört und Quecksilber konfisziert, das für die Ausfällung von Gold verwendet wird. Festgenommen wurde zunächst niemand, da die Täter*innen bereits geflohen waren. Geplant war daher die Ausdehnung der Aktion auf umliegendes Land, da man erwartet, dass die Kriminellen sich dorthin zurückziehen, um danach erneut ihre Tätigkeiten wieder aufzunehmen. Betroffen sind im Umfeld u.a. die indigenen Territorien *Sai Cinza*, *Kayaba* und *Sawré Muybu* sowie das Schutzgebiet *Floresta Nacional* (Flona). Die indigene Bevölkerung äußerte Angst vor angedrohter Vergeltung durch die vertriebenen illegalen Akteur*innen. Das Ministerium hat die Strafverfolgung der Täter*innen angekündigt, auch gegenüber indigenen Personen der Munduruku, die sich vom illegalen Bergbau haben kooptieren lassen. Laut Institut Chico Mendes wurden 44 Schiffe zerstört, 12 Fahrzeuge, 7 Bagger, 29 Außenbordmotoren, 8 Generatoren, 2 Traktoren, 9 Motorräder, 4.300 Liter Treibstoff sowie über 200 g Quecksilber. Das Institut hat zudem Strafen in Höhe von 20,27 Mio. Reais (3,37 Mio. Euro) verhängt.

Marcos Kaingang ist Nationalsekretär für Indigene Territorien im Ministerium für indigene Angelegenheiten. Er kündigt nicht nur eine völlige Zerschlagung des illegalen Bergbaus in der TI Munduruku an, sondern auch eine Strafverfolgung der finanzgebenden Organisationsstrukturen dahinter. Eine dauerhafte Kontrolle des weitläufigen Gebiets hält er für nicht realistisch, aber Strafsanktionen könnten verhindern, dass sich Illegale dort dauerhaft festsetzen, wie dies zuletzt der Fall gewesen ist. Als Reaktion auf das harte Durchgreifen der Behörden, haben kurz vor Weihnachten Vertreter*innen der Goldsucher in einem offenen Brief um die baldige Verabschiedung der Stichtagsregelung, dem sogenannten *Marco Temporal* gebeten. Darüber würde das Machtverhältnis zwischen Indigenen und Ressourceninteressen wieder neu gemischt, weil die territorialen Rechte neu in Frage gestellt werden könnten. Für die Goldsucher*innen stellt der Goldabbau eine ökonomische Absicherung dar, der sie weiter nachgehen wollen. Allerdings ist der illegale Bergbau für 86,8% der Entwaldung in der TI Munduruku verantwortlich. Hiervon wurde der größte Teil zwischen 2019 und 2021 abgeholzt, als neue Goldminen innerhalb des Territoriums erschlossen wurden. Neben illegalen Kahlschlägen ist auch Brandstiftung für die indigene Bevölkerung immer wieder ein Problem. Die Zunahme belegen Satellitenbilder.

Gegenöffentlichkeit: Ausstellung Os Olhos do Xingu im Museu Nacional da República

1.645 Besucher*innen kamen im Dezember 24 zur Eröffnung der Fotoausstellung *Os Olhos do Xingu*⁸ (die Augen des Xingu) im *Museo Nacional da República*, um eine Ausstellung mit Fotos und audiovisuellem Material zu sehen. Sie begleitet die Kämpfe der Völker des Xingu mit einem künstlerischen Anspruch. Die Gruppe der Fotograf*innen/Kommunikator*innen gehört dem Netzwerk

⁷ <https://infoamazonia.org/2024/12/23/pressionados-por-operacao-de-desintrusao-na-ti-munduruku-garimpeiros-ameacam-indigenas-e-defendem-marco-temporal/>

⁸ https://www.socioambiental.org/noticias-socioambientais/os-olhos-do-xingu-chegam-brasilia-exposicao-une-arte-resistencia-e?utm_source=isa&utm_medium=&utm_campaign=

Rede Xingu+ an. Sie sehen sich selbst als Wissensvermittler*innen, die aus einem zirkulierenden Wissensschatz schöpfen, der Generationen, Erfahrungsräume und Sprachen verbindet. Es geht ihnen darum, eine Bildsprache mit visuellen Narrativen zu schaffen, die sowohl die kollektive Erinnerung als auch die Identität der Völker des Xingu bewahren.

Das Netzwerk *Rede Xingu+* wurde 2019 gegründet, 53 Organisationen und Bewegungen von Indigenen, *Ribeirinhos* und zivilgesellschaftlichen Gruppen gehört ihm an. Mit Fotos und Videos wird die Deutungshoheit über den Kampf und Schutz der Territorien sowie den Umgang mit der Klimakrise von den lokalen Akteur*innen zurückerobert. Sie sind im Xingu-Becken in neun Naturschutzgebieten und 22 indigenen Territorien aktiv. Im Vorfeld der Ausstellung wurde das Museumspersonal weitergebildet, um die Ausstellung bis Anfang Februar 2025 kompetent begleiten zu können. Bei der Eröffnung war die Vorsitzende der Indigenenschutzorganisation Funai, Joênia Wapichana, anwesend. Sie betonte, dass Kunst ein wichtiges Instrument für Aufklärung und Widerstand sei. Allerdings sei es auch wichtig, dass die brasilianische Bevölkerung sich stärker für indigene Rechte einsetze. Talent und Potenzial indigener Völker komme in den Bildern zum Ausdruck, zusammen mit der Forderung nach Respekt und Anerkennung der eigenen Lebensweise der Völker. Es geht nicht nur um schöne Bilder, sondern auch um Themen wie den Kampf gegen Agrargifte, die beispielsweise das Territorium der Khisêjtê kontaminieren. Eine Gruppe Anthropologiestudierender der UnB nahm ebenfalls teil und diskutiert mit dem Kollektiv, wie die Stimme von Indigenen und *Ribeirinhos* zentraler in die ethnologische Lehre eingebunden werden kann, wie diese dort selbst ihre Geschichte erzählen können.

Indigene Territorien in Amazonien und Cerrado stärkste Barriere gegen illegale Entwaldung

Rechtlich anerkannte indigene Territorien des Amazonasgebiets und Cerrados schützen die ursprüngliche Vegetation auf einer Fläche, die Mato Grosso (über 97 Mio. Hektar) übersteigt. Sie stellen somit eine der wichtigsten Barrieren gegen illegale Entwaldung dar. Das bestätigt der Prodes 2024 Bericht *Desmatamento em Terras Indígenas na Amazônia e Cerrado*⁹, der im Januar vom sozioökologischen Institut ISA veröffentlicht wurde. Der Bericht betont die entscheidende Wichtigkeit des Ausweisungsprozesses in Form von Demarkierungen für den sozio-ökologischen Schutz in beiden Biomen. Gleichzeitig belegt er, dass im Cerrado indigene Territorien, die noch auf den Abschluss ihrer Demarkierung warten, zu den Gebieten zählen, die den heftigsten Übergriffen ausgesetzt sind. Als Beispiele werden die beiden indigenen Territorien *Porquinhos dos Canela-Apãnjekra* (MA, Region Matopiba) und *Wedezé* (MT) aufgeführt. Sie warten trotz abgeschlossener Demarkierung seit 24 Jahren auf die abschließende Anerkennung durch die staatlichen Stellen (in Form der sogenannten Homologação). Sie gehören inzwischen zu den Territorien mit der heftigsten Abholzung.

Schwerpunkt: Schutz vor rechter Propaganda, Desinformation und Regeln für den Einsatz von KI

Seit einigen Jahren ist die Künstliche Intelligenz in der Lage, menschliche Kommunikation und Handlungen zu ersetzen und dabei für Nutzer*innen nicht mehr unterscheidbar zu sein. Wir haben in unserem alltäglichen Leben inzwischen an vielen Stellen mit KI gestützten Instrumenten¹⁰ zu tun: Bei der Recherche im Internet, bei Übersetzungshilfswerkzeugen, im Gesundheitssektor, bei Steuerungselementen im Energiebereich, der Landwirtschaft und in der Infrastruktur. In Bezug auf

⁹ <https://acervo.socioambiental.org/acervo/documentos/desmatamento-em-terras-indigenas-na-amazonia-e-cerrado-prodes-2024>

¹⁰ <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20200827STO85804/was-ist-kunstliche-intelligenz-und-wie-wird-sie-genutzt>

digitale Sicherheit kann KI verwendet werden, um Cyberangriffe zu erkennen und abzuwehren. KI-basierte Anwendungen können auch eingesetzt werden, um Faktenchecks durchzuführen. Bestimmte Anwendungen, die auf KI basieren, können Fake News und Desinformation aufspüren, indem sie Inhalte aus sozialen Medien auswerten, nach Schlüsselbegriffen suchen und feststellen, welche Quellen als zuverlässig gelten. Man kann sich jedoch leicht vorstellen, wie dünn der Grat zwischen sinnvoller Nutzung und Missbrauch für illegale Zwecke ist. Denn KI wird ebenfalls eingesetzt, um Desinformation möglichst plausibel und menschlich empathisch zu verpacken. Hier muss der Staat regulierend auftreten können. Darum hat die EU im März 2024 das erste Gesetz über Künstliche Intelligenz¹¹ verabschiedet. Der Einsatz von KI-basierter Instrumente in Europa soll sicher, transparent, nachvollziehbar, nicht diskriminierend und umweltfreundlich sein.

Im Dezember 2024 hat Brasilien ebenfalls ein Gesetz zur Künstlichen Intelligenz verabschiedet. Es stellt Regeln für die Entwicklung und Anwendung von KI auf und soll Rechtsschutz in den Themenfeldern Arbeit, Sicherheit, Gesundheit etc. garantieren. Kritisch sieht man in Brasilien besonders einem Verlust von Arbeitsplätzen entgegen. So hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO prognostiziert, dass in Lateinamerika zukünftig durch den Einsatz künstlicher Intelligenz 28 -36% der Arbeitsplätze substituiert werden könnten.

Rund um den Amtsantritt von Donald Trump konnte man den großen Einfluss digitaler Plattformen erneut wahrnehmen. Der Tesla Inhaber Elon Musk ist Eigentümer der Plattform X (ehemals Twitter) Musk nutzt die Plattform inzwischen ungeniert, um im deutschen Wahlkampf Wahlempfehlungen für die rechte AfD auszusprechen und eine Reihe von Falschinformationen zu verbreiten. 2013 spielte X für die Mobilisierung der landesweiten Proteste in Brasilien eine weitreichende Rolle, wo bereits rechte Propaganda beteiligt war. In Brasilien weiß man seit der Wahl Bolsonaros, wie über Algorithmen und persönlich eingefärbte Propaganda über WhatsApp die Wähler*innen angesprochen und gelenkt werden kann. 2018 half diese Strategie Bolsonaro an die Macht. Danach gab es einen Aufmerksamkeitsmoment für Themen wie Datensicherheit, sichere Kommunikation über die Verschlüsselung von E-Mails statt offener Kommunikation ausschließlich per Social Media Kanäle, etc.

Im August 2024 hatte das Oberste Gericht Brasiliens eine Sperrung der Plattform X angeordnet, weil Zahlungen des Unternehmens ausstünden und andere Transparenzmechanismen nicht eingehalten wurden. In der Auseinandersetzung zeigt sich das staatliche Ringen um die Hoheit im nationalen Kommunikationsbereich. In dem Streit ging es um Steuervermeidung¹², die Schwächung der freien demokratischen Willensbildung, den Missbrauch von Marktmacht sowie Einflussnahme bei wichtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen (beispielsweise Klimastandards für Unternehmen).

Inwieweit sich die sozialen Bewegungen in Brasilien (aber auch an anderen Orten der Welt) jedoch auf weitere Angriffe durch das immer geschlossener auftretende Tech Imperium vorbereiten, ist nur vereinzelt bekannt. Alarmierend ist jedoch, dass der Meta Inhaber Marc Zuckerberg (Facebook, Instagram und Threads) vor Trumps Amtseinführung bekannt gegeben hat, dass Meta seinen internen Faktencheck einstellen wird. Die Nutzer*innengemeinschaft soll dann im Namen der Meinungsfreiheit darüber befinden, was echt ist und gesagt werden muss/darf und wo Fake oder Deep Fake beginnt. Davon betroffen ist auch der Umgang mit Hass und Hetze, der nun ungefiltert im Netz stehenbleibt, ungeachtet von Persönlichkeitsrechten. Hier sieht die brasilianische Koalition für Netzrechte (Die *Coalizão Direitos na Rede* besteht aus 50 zivilgesellschaftlichen Gruppen) besonders Gruppen in Gefahr, die wegen ihrer Lebensform abseits der Norm sowieso schon erhöhter Diskriminierung ausgesetzt sind.

¹¹ <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20230601STO93804/ki-gesetz-erste-regulierung-der-kunstlichen-intelligenz>

¹² <https://jacobin.de/artikel/elon-musk-x-twitter-brasilien-big-tech>

Über 200 Organisationen haben einen Protestbrief¹³ der *coalizão* gegen das Vorgehen von Meta verfasst. Sie beklagen einen Rückbau des Schutzes von Gendergruppierungen, Kindern und Jugendlichen und anderen vulnerablen Gruppierungen. Der Rückbau von Menschenrechten gehe einher mit geöffneten Türen für neue Hassreden und Falschinformationen, ohne dass es regulierende Maßnahmen gibt. Die Agência Pública hingegen weist darauf hin, dass der herkömmliche Faktencheck bislang sowieso nur ein intern vorgenommener Vorgang durch Facebook selbst war. Dass es aber seit vielen Jahren Plattformen des kritischen investigativen Journalismus gibt, die ihre Quellen prüfen und damit zuverlässige Informationen für ihre Nutzer*innen bereitstellen. Sie gilt es zu stärken, denn sie sind weiterhin in der Lage, einen unabhängigen Faktencheck vorzunehmen.

Elon Musk hat in Brasilien aber auch über sein Satelliteninternet Starlink großen Einfluss. Satelliten in niedriger Umlaufbahn können auch weit entlegene Gebiete, beispielsweise des Amazonasgebiets mit Internet versorgen. Dafür stehen Starlink Antennen mittlerweile in indigenen Dörfern, auf Großfarmen oder Militärbasen. Laut einer Recherche des Standard¹⁴ vom November 2024 nutzen 250.000 brasilianische Kund*innen die Starlink Internetangebote. Fast 70% davon leben im Amazonasgebiet¹⁵, wo Starlink 90% der Gemeinden erreicht. Eine Entwicklung, die niemand zurückdrehen möchte. Aber auch illegale Netzwerke wie Gold-Bergbauunternehmen kommunizieren über Satelliten mit ihren Auftraggeber*innen in den großen Städten. Sie tragen ebenfalls zur Ausbreitung von Musks Internet im Amazonasraum bei. Laut Cybertechnexpert*innen erreicht Starlink in Brasilien somit eine Dominanz, die große Gefahren mit sich bringe. Durch Datenanalyse könne sogar die Position von Bodenschätzen ermittelt und nach außen weitergegeben werden. Wichtig sei daher für Brasilien, sich bei Satellitenanbietern zu diversifizieren. Und nach Möglichkeit zwar Verträge mit Starlink zu machen, sich dabei jedoch die Hoheit über die Satelliten (Kontrolle und Besitz) zu sichern. Anfang 2025 verhandelte Lula darum mit chinesischen Tech-Anbietern über Alternativen.

Viele digitalen Nutzer*innen sind anfällig dafür, Fake News und Desinformationen über Social Media Plattformen für die Wahrheit zu halten. Denn ein Faktencheck wird dann problematisch, wenn Nutzer*innen die Informationsquelle nicht mehr persönlich kennen und einschätzen können. Eine Untersuchung der OECD¹⁶ vom Juni 2024 über Faktenkontrolle und den kritischen Umgang mit sozialen Medien belegt für Brasilien folgendes Nutzer*innenverhalten: Innerhalb der Untersuchung von 21 Nationen belegte Brasilien den ersten Platz in Bezug auf Nachrichtenkonsum über Social Media Plattformen. Gleichzeitig gibt eine vergleichsweise große Gruppe an, auf den Wahrheitsgehalt der Informationen bei Social Media zu vertrauen. Erschreckenderweise schneidet Brasilien beim digitalen Faktencheck im Ländervergleich besonders schlecht ab, und zwar unabhängig davon, ob es sich um falsche Propaganda oder kontextuelle Täuschung handelt.

Im Juli hat die brasilianische Datenschutzbehörde dem US-amerikanischen Konzern Meta (Facebook, Instagram und Threads) untersagt, seine KI mit Daten aus Brasilien zu trainieren¹⁷. Die Furcht vor einem Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Personen wird befürchtet. Laut Angaben des Konzerns nutzt gut die Hälfte der Brasilianer*innen die Dienste von Meta.

¹³ <https://direitosnarede.org.br/2025/01/08/contra-o-retrocesso-na-moderacao-de-conteudo-da-meta-e-os-ataques-a-regulacao-democratica-do-espaco-digital/>

¹⁴ <https://www.derstandard.de/story/3000000236000/weckruf-fuer-andere-demokratien-brasilien-abhaengigkeit-von-starlink>

¹⁵ <https://roraimadefato.com/2025/01/12/cresce-alerta-sobre-dominio-da-starlink-na-amazonia-avanco-tecnologico-ou-risco-a-soberania/>

¹⁶ https://www.oecd.org/en/publications/2024/06/the-oecd-truth-quest-survey_a1b1739c.html

¹⁷ <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/brasilien-meta-darf-keine-nutzerdaten-fuer-ki-training-verwenden-a-d90ad4da-02ed-41a7-a558-dc9266511046>

Die kritischen Journalist*innen der NGO Intervozes¹⁸ haben eine Reihe von Publikationen zum Thema Sichere Kommunikation herausgebracht und ziehen mit einer Aufklärungskampagne zur kritischen Mediennutzung durchs Land. Auf ihrer Seite gibt es beispielsweise eine Analyse der Großen Tech Unternehmen und deren Einfluss auf die Demokratien Lateinamerikas. (Sumário executivo¹⁹: Big Techs, Informação e Democracia na América Latina). Oder auch die Broschüre *Amazônia livre de Fake*²⁰(Amazonien ohne Falschnachrichten), in der über 14 lokale Organisationen aus den Bundesstaaten Amazonas, Mato Grosso und Para die Aussagen von 32 öffentlichen Personen überprüft haben. 28 von ihnen haben Fake News gepostet oder Hassnachrichten veröffentlicht. In einigen Fällen waren Politiker*innen sogar Eigentümer*in der Medien. Das Ziel der Desinformation und Angriffe waren die Landlosenbewegung MST (am stärksten in Mato Grosso, aber auch in Para) und die Verunglimpfung von Politiker*innen wie Marina Silva in ihrem Einsatz für mehr demarkierte Flächen für Indigene, Quilombolas und traditionelle Gemeinschaften. Daneben gab es immer wieder diffamierende Beiträge, die sich auf die LGBTIQ* Bewegung bezogen.

Sehr detailreich hat auch die Heinrich Böll Stiftung²¹ im Mai 2024 den Einsatz von Falschnachrichten analysiert. Sie belegt in der Broschüre *Enxurrada de desinformação – a emergência climática do RS agravada pelas fake news* die Leugnung des Klimawandels sowie damit verbundene Falschinformationen und politische Diffamierungen rund um die Überschwemmungen im Süden Brasiliens. Es gab damals 146 Tote, 131 Verschwundene sowie 81.000 Personen, die ihre Wohnung verloren hatten. Die investigative Plattform Netlab²² von der staatlichen Universität Rio de Janeiro hat eine Reihe von Falschmeldungen auf den Plattformen Instagram und Facebook gefunden und analysiert. Es ging um finanzielle Hilfen, andere Hilfeleistungen und die vermeintliche Abwesenheit des Staates. Daneben gab es zahlreiche Äußerungen mit religiöser Intoleranz. Der Regen sei ein Fluch und eine Strafe Gottes, da in den betroffenen Staaten eine große Anzahl von Anhänger*innen afrobrasilianischer Religionen lebe. Genauere Analysen belegten, dass 75% der Falschaussagen und Verleumdungen aus der extremen Rechten stammten. Influencer*innen des rechten Randes, Webseiten und Politiker*innen waren darin verstrickt, darunter etliche, die der Partei des früheren Präsidenten Bolsonaro angehören. Kritiker*innen fordern längst, dass es hier neue Regeln brauche. Die Organisation *Mentira Não tem Preço* stellte fest, dass das Wasser zwar irgendwann zurück geht. Die Falschmeldungen bleiben jedoch bestehen. Seit 2020 wird in Brasilien ein Fake News Gesetz diskutiert, bislang wollten die großen Tech Imperien der Regulierung jedoch nicht zustimmen.

¹⁸ <https://intervozes.org.br/intervozes-promove-caravana-pelo-direito-a-comunicacao-com-atividades-em-12-cidades/>

¹⁹ https://intervozes.org.br/wp-content/uploads/2025/01/BIG-TECHS_PORTUGUES_DIGITAL1.pdf

²⁰ <https://intervozes.org.br/publicacoes/relatorio-amazonia-livre-de-fake-2024/>

²¹ <https://br.boell.org/en/2024/06/27/flood-disinformation-southern-brazil-climate-emergency-aggravated-fake-news>

²² <https://netlab.eco.ufrj.br/en/post/floods-in-rio-grande-do-sul-an-analysis-of-multiplatform-disinformation-on-the-climate-disaster>

Aktuelles aus Deutschland

21.-23. März 2025 KoBra Frühjahrstagung in Berlin: Verboten in Europa, verkauft nach Brasilien – Der neokoloniale Handel mit Agrargiften

Die Frühjahrstagung²³ mit der KoBra Mitgliederversammlung findet vom 21.-23.03.25 in der Jugendherberge Berlin – Am Wannsee statt. Es geht um den Handel mit Agrargiften und das Lieferkettengesetz als Instrument für eine gerechtere Handelspolitik. Wir diskutieren mit Expert*innen aus Brasilien und Deutschland darüber, wie gesetzliche Rahmenbedingungen und zivilgesellschaftliches Engagement helfen können, Natur- und Menschenrechtsverletzungen und zu verhindern.

Petition, Memorandum und Mitmachaktionen nach 6 Jahren Dambruch Brumadinho von zivilgesellschaftlichem Bündnis rund um Misereor

Ein zivilgesellschaftliches Bündnis um Misereor, KoBra u.a. hat eine Reihe an Aktivitäten²⁴ und Beteiligungsmöglichkeiten anlässlich des Gedenkens der Opfer des 6. Jahrestags des Dambruchs von Brumadinho entwickelt. Das Umweltverbrechen hatte 272 Todesopfer gefordert und mit den Schäden durch den Giftschlamm den Fluss Paraopeba sowie die ganze Umgebung verwüstet. Gegen die den Versicherer des Damms TÜV Süd laufen strafrechtliche Verfahren, die langwierig und für die Opfer oft unzureichend sind. Auch 6 Jahre nach der Katastrophe fordern die Opfervereinigungen Entschädigung und Vorkehrungen für ein Nie Wieder! Zum Thema werden Filmgesprächen und Themenabende in verschiedenen Städten organisiert, die auf der KoBra Seite veröffentlicht werden.

FDCL-Publikation von Thomas Fatheuer zur COP

Das FDCL hat ein aktuelles Policy Paper zu Brasiliens Vorbereitungen auf die Ausrichtung der internationalen Klimaverhandlungen im November 2024 veröffentlicht. Thomas Fatheuer erläutert in „Auf dem Weg zur COP30 in Brasilien“²⁵ aktuelle Entwicklungen und Hintergründe zur brasilianischen Umwelt- und Klimapolitik. Die Broschüre kann als PDF heruntergeladen werden. Sie führt eine Reihe von Texten fort, es gibt bereits eine erste Veröffentlichung, die den Titel trägt: „Letzte Hoffnung Belém“.

Initiative „Berlin aktiv im Klimabündnis“ mit indigener Videobotschaft und Hintergrundinformationen zur COP30 und dem CO₂ Handel

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt Berlin ist neben BER, FDCL, LAF, LN und Kolko eine der Organisationen der Initiative „Berlin aktiv im Klima-Bündnis“. Sie arbeiten seit vielen Jahren mit indigenen Partnerorganisationen im Amazonasgebiet zusammen. Auf der Seite der ASW²⁶ ist eine Videobotschaft mit Untertiteln von Alessandra Munduruku veröffentlicht, in dem sie sich zur Lage ihres Volkes und zu den anstehenden Klimaverhandlungen im November 25 in Belém äußert. Außerdem findet man auf der Seite einen Text von Thomas Fatheuer über das Instrument de CO₂ Handels.

²³ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/2025-save-the-date>

²⁴ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/mitmachen/eilaktionen/gerechtigkeit-fuer-brumadinho-justica-para-brumadinho>

²⁵ <https://www.fdcl.org/publication/2024-12-15-auf-dem-weg-zur-cop30-in-brasilien/>

²⁶ <https://eineweltstadt.berlin/themen/klima-und-ressourcen/ini-berlin-aktiv-im-klima-buendnis/#VAREihe>